

Ab dieser Woche stehen weitere internationale Gesprächsrunden zum Syrienkonflikt in Sotschi und Wien an. Die sind zusätzlich belastet, denn die aktuelle militärische Intervention der türkischen Armee in Nordsyrien wird nicht ohne Einfluss auf die Tagesordnung bleiben.



Die von der Türkei attackierte, kurdisch-syrische Stadt Afrin, ca. 37 000 Einwohner, am Dienstag

Foto: AFP/Ahmad Shafia Bilal

## Schwerstarbeit für Vermittler de Mistura

Der Syrien-Gesandte der UNO ist mit düsteren Vorzeichen vor den Verhandlungen in Wien und Sotschi konfrontiert

Am heutigen Donnerstag beginnen in Wien zweitägige Syrien-Gespräche unter UN-Ägide. Hier wird mitentschieden, unter welchem Stern der »Nationale Dialog« nächste Woche in Sotschi steht.

Von Karin Leukefeld

Der UN-Sondervermittler Staffan de Mistura hat die syrische Regierung und den »Hohen Verhandlungsrat« der syrischen Opposition diesmal nicht nach Genf, sondern in die österreichische Hauptstadt eingeladen, weil die Schweiz aktuell mit den Sicherheitsvorkehrungen für das Weltwirtschaftsforum in Davos ausgelastet ist. Dort wird de Mistura noch vor Beginn der Gespräche in Wien ein Treffen internationaler Diplomaten hinter verschlossenen Türen moderieren.

Am Montag und Dienstag soll dann auf Einladung Russlands, Irans und der Türkei der »Kongress für den Nationalen Dialog« in Sotschi stattfinden. De Misturas Stellvertreter, Ramzi Ezzedine Ramzi, sagte, »ein Erfolg der Gespräche in Wien bedeute er-

folgreiche Gespräche in Sotschi.« Noch ist unklar, ob de Mistura tatsächlich an dem Treffen in Sotschi teilnehmen wird. Auch die international anerkannte syrische Opposition – der Hohe Verhandlungsrat – hat über ihre Teilnahme in Sotschi noch nicht entschieden.

Verhandlungsleiter Nasr al-Hariri tourte vor den Gesprächen durch Europa und traf in Rom, Berlin und Paris mit Regierungsvertretern zusammen. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron versicherte dabei französische Unterstützung für die Genfer Gespräche. Die EU werde aber erst den Wiederaufbau in Syrien mitfinanzieren, wenn der Übergangsprozess ohne Präsident Baschar al-Assad begonnen habe. Ähnlich hatte sich wiederholt der geschäftsführende deutsche Außenminister Sigmar Gabriel geäußert.

Sowohl in Wien als auch in Sotschi soll über einen Verfassungsentwurf gesprochen werden. Nach Angaben von AFP soll in Sotschi ein von Russland ausgearbeiteter Verfassungsentwurf vorgelegt werden, nach dem Streitkräfte und Geheimdienste

Syriens der Verfassung und einem »Menschenrechtsgesetz« unterworfen werden sollen. Grundlage sollen zudem die von de Mistura vorgeschlagenen 12 politischen Prinzipien sein, die Syrien als »demokratischen und säkularen« Staat bezeichnen. Bis zu 1600 Teilnehmer werden in Sotschi erwartet, die alle Bereiche der syrischen Gesellschaft repräsentieren sollen.

Unmittelbar vor Beginn der Gespräche in Wien beschuldigten Oppositionelle die syrische Armee, in der östlichen Ghouta bei Damaskus und in Idlib, Chlorgasangriffe verübt zu haben. Die Syrisch-Amerikanische Medizinische Gesellschaft, die in von Oppositionsgruppen beherrschten Regionen agiert, erklärte, es sei bereits der vierte Gasangriff 2018 auf Rebellengebiete gewesen. Zeitgleich trafen sich auf Einladung Frankreichs die Außenminister der USA mit Verbündeten aus Europa und den Golfstaaten in Paris, um eine »Partnerschaft gegen die Straflosigkeit von Chemiewaffeneinsätzen« zu gründen. Mit dabei sind auch Deutschland, Großbritan-

nien und die Türkei. US-Außenminister Rex Tillerson warf Russland vor, die internationale Chemiewaffenkonvention »verraten« zu haben. Egal wer für die Chlorgasangriffe in Syrien verantwortlich sei, Moskau trage letztlich Verantwortung für die Opfer.

Der stellvertretende russische Außenminister Sergej Rjabkow bezeichnete das Treffen in Paris als »Schlag gegen die UNO«. Die Zuständigkeit der UN-Organisation für den Schutz vor Chemiewaffen solle ausgehebelt und die internationale Gemeinschaft weiter entzweit werden. Am Dienstag hatten 24 Staaten in Paris eine Partnerschaft gegen die Straflosigkeit von Chemiewaffen-Einsätzen gegründet.

Syriens Außenministerium verurteilte die »Lügen und Anschuldigungen über den Einsatz von Chemiewaffen«. Man wolle den Einsatz der syrischen Regierung anlasten und die Verantwortung von Milizen verschleiern. Man habe nicht vergessen, was in Irak geschehen sei. Zudem sei man nicht überrascht, dass die westlichen Staaten wenige Tage vor den

Genfer Gesprächen und der Konferenz in Sotschi wieder solche Lügen verbreiteten. Seit Beginn der Krise in Syrien gebe es Versuche, vor politischen Initiativen mit Anschuldigungen und Lügen einen Lösungsweg zu blockieren.

Auf die Frage, wie die türkische Invasion in Afrin sich auf die Gespräche auswirken könne, sprach der Vorsitzende der syrischen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Dr. George Jabbour gegenüber der Autorin von einer »schwierigen Lage«. Die »kurdische Frage« sei in Syrien »explodiert«, obwohl gerade in Syrien – verglichen mit Irak, der Türkei oder Iran – die Kurden mehrheitlich integriert seien. Die internationalen Akteure seien »uneinig« darüber, wie man mit den Kurden umgehen solle. Doch »weder Russland noch die USA oder sonst ein Akteur will Syrien zugunsten eines kurdischen Staates teilen«, zeigt Jabbour sich überzeugt. Ziel der US-Besatzung im Nordosten Syriens sei vielmehr, den Druck auf Damaskus aufrechtzuerhalten, die syrische Regierung zu schwächen und zu einer anderen Politik zu zwingen.

»Die Europäische Union wird erst den Wiederaufbau in Syrien mitfinanzieren, wenn der Übergangsprozess ohne Präsident Baschar al-Assad begonnen hat.«

Emmanuel Macron, französischer Staatspräsident

## Der »Fruchtbare Halbmond« Nordsyriens droht auszutrocknen

Die von der Türkei attackierte Kurdenregion Afrin ist von Bedeutung für das ganze Land – vor allem seit Wasser auch zur Waffe wurde

Afrin gehört zu einer Region mit Jahrtausende alter kluger Wasserkultur. Auch diese ist gegenwärtig in ihrem Bestand gefährdet, nicht allein infolge des Krieges.

Von Karin Leukefeld, Damaskus

»Sieh mal, das ist mein Dorf. Hier ist meine Schwester mit ihrer Tochter. Und hier, das ist der Kamelfelsen, wir nennen ihn so, weil er aussieht wie ein Kamel. Und hier bin ich mit meinem Bruder. Wir machen Picknick am Nabi Huri.«

Aziz zeigt auf seinem Handy Fotos von seinem letzten Urlaub in Afrin. Glücklicherweise sehen sie alle aus, die Landschaft ist grün, Olivenhaine erstrecken sich bis an den Horizont. Die Gegend ist voller Überreste alter Kulturen, die Afrin und Nordsyrien mit einer klugen Wasserkultur zum Bestandteil des »Fruchtbaren Halbmon-

des« machten und Jahrtausende lang geprägt haben. Hethiter, Byzanz, Römer und viele andere haben ihre Spuren im Tell Ain Dara, im Simeonskloster oder eben bei Nabi Huri hinterlassen.

Aziz und sein Cousin Hanan stammen aus dem Dorf Oganli, einem von 360 Dörfern, die zu der Stadt Afrin gehören. Der Ort liegt etwa 40 km nordwestlich von Aleppo entfernt. Das Dorf von Aziz liegt noch einmal 30 km weiter nordwestlich, nur wenige Kilometer von der türkischen Grenze entfernt. Aziz, sein Vater und seine Cousins arbeiten seit fast 30 Jahren in Damaskus. Doch jeden November fahren sie nach Hause, um sich um ihre Olivenbäume zu kümmern. Aziz und seinen Brüdern gehören etwa 100 Bäume, Hanan und seinen Brüdern mehr als 200. Die jährliche Olivenenernte erbrachte mal mehr, mal weniger von dem kostba-

ren Olivenöl, das als das Beste in ganz Syrien gilt. Die Einnahmen waren wie ein Sparbuch für die Brüder. Die letzte Ernte sei nicht gut gewesen, sagt Hanan. Immer wieder habe es Angriffe von der Türkei gegeben, es sei gefährlich gewesen, in die Olivenhaine zu gehen. Eines Tages mussten sie – aus sicherer Entfernung – mit ansehen, wie die türkische Armee einen Grenzstreifen westlich ihrer Dörfer einfach besetzte und die Olivenbäume umpflügte. Heute steht dort eine Mauer aus Beton und mit Stacheldrahtrollen auf dem First.

Die Ernte sei auch schlecht gewesen, weil es an Wasser gefehlt habe. Die Flüsse in Afrin überfluteten früher im Frühling ihre Dörfer, erinnern Aziz und Hanan sich an ihre Kindheit. Inzwischen tragen sie nur wenig Wasser, was weniger am Klimawandel, sondern am gigantischen Südostanatolien-Staudammprojekt

liegt, das die Türkei entlang von Euphrat und Tigris errichtet hat. Dämme und Stauseen haben den Wasserdurchlauf der beiden großen Flüsse im Mittleren Osten erheblich

»Die Kurden sagen, sie seien Teil von Syrien. Doch sie haben die syrischen Rohstoffe in Geiselhaft genommen.«

Wasserbauingenieur Dr. Riad

verringert, das gleiche gilt für kleinere Flussläufe wie Afrin, Huri westlich von Aleppo oder für Sajour und Khabour im Osten der Jazeera. Jazeera, die Insel, nennt man das Gebiet im Nordosten von Syrien, weil

es zwischen den beiden großen Strömen Euphrat und Tigris wie eine Insel gelegen ist. Das Euphrat-Tigris-Becken gehört zu den reichsten und wichtigsten Wasserspendern der Region.

Wasser wurde in den Kriegsjahren immer wieder als Waffe von den Kampfverbänden eingesetzt. In einem Sommer wurde mehr als 40 Mal die Wasserversorgung aus dem Euphrat für Aleppo und Umgebung unterbrochen. Kanäle und Bewässerungstunnel wurden zerstört, ein wichtiges Klärwerk war von Kämpfern des »Islamischen Staates« besetzt.

Große Sorge bereitet den syrischen Behörden von Aleppo und Deir Ezzor bis heute, dass die für Trinkwasser, Landwirtschaft und Elektrizität wichtigen Staudämme entlang von Sajour, Euphrat und Khabour ihrer Kontrolle und Wartung entzogen

sind. In der Provinz Hasakeh gibt es entlang des Khabour zehn Dämme zur Trinkwasserversorgung. In den Provinzen Rakka und Aleppo liegen vier Staudämme, darunter die beiden größten des Landes. Euphrat und Tishrin-Damm wurden westlich von Rakka Stadt zwischen 1966 und 1980 mit sowjetischer Hilfe gebaut.

Dr. Riad, ein Wasserbauingenieur hat damals viele der Baustellen betreut und kennt fast jeden einzelnen Kanal, der dort entstanden war. »Die Kurden kontrollieren sie heute«, sagt er leise und zuckt mit den Schultern. »Sie haben uns nicht nur unser Getreide, Öl und Gas genommen, auch die Wasserversorgung liegt in ihren Händen.« Er blättert durch seine Aufzeichnungen, zeigt Skizzen und Fotos der Baustellen. »Die Kurden sagen, sie seien Teil von Syrien. Doch sie haben die syrischen Rohstoffe in Geiselhaft genommen.«